

Kritik am Spionagegesetz verstummt

Verteidigungsminister Ueli Maurer erhält ein neues Nachrichtendienstgesetz nach Wunsch. Das sorgt für Ärger innerhalb der SP.

Von Philipp Loser, Tages-Anzeiger, Bern 26.08.2014

Die Medienkonferenz der Sicherheits-politischen Kommission des Nationalrats (SIK) zum Nachrichtendienstgesetz (NDG) war gestern doppelt überwacht. In den hinteren Bänken des Konferenzsaals nahmen ein zerknautschter Spion (beige Freizeitjacke, zerknittertes Hemd – so stellt man sich Schweizer Agenten vor) und zwei nicht minder gut erkennbare Jungsozialisten Platz.

Das von SIK-Präsident Thomas Hurter (SVP, ZH) Gebotene dürfte eher dem Spion gefallen haben. Von der massiven Kritik, die noch im April am NDG ge-äussert wurde, ist nicht mehr viel übrig. In den wesentlichen Punkten stimmt die SIK der vom Bundesrat nachgebesserten Vorlage zu. Künftig darf der Nachrichtendienst in Computer eindringen und «den Zugang zu Informationen stören, verhindern oder verlangsamen».

Es handle sich um eine Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit, sagte Hurter. «Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass diese Balance gelungen ist.» Zusätzliche Aufsichtsgremien, wie das die Rechtskommission gefordert hatte, sind laut der SIK nicht nötig. Dafür hat die Kommission eine Empfehlung der Geschäftsprüfungsdelegation umgesetzt: In «besonderen Lagen» sollen vor der Bewilligung eines Überwachungseinsatzes nicht nur das Bundesverwaltungsgericht, das Aussen- und Justizdepartement und der Verteidigungsminister angehört werden, sondern auch der Gesamtbundesrat.

«Ungemütliche Lage»

Auch von links wurde das Gesetz in der Kommission mehrheitlich unterstützt. «Leider sind nur die Grünen sauber», sagt Juso-Präsident Fabian Molina dazu. Die SP-Deputation in der SIK habe sich in eine «ungemütliche Lage» manövriert. Im Juni verabschiedete die SP-Delegiertenversammlung eine Resolution «gegen den Schnüffelstaat». In diesem Kontext sei es unverständlich, wenn die SP-Mitglieder in der SIK das NDG unterstützten. Chantal Galladé (SP, ZH) kann mit der parteiinternen Kritik wenig anfangen. Man verwerfe ein Gesetz, bevor es fertig beraten sei. «Das ist keine seriöse Politik. Das ist Ideologie.» Galladé kann gut mit dem NDG leben, auch wenn sie sich stärkere Aufsichtsmöglichkeiten gewünscht hätte. Aber: «Der Nachrichtendienst braucht diese Kompetenzen für die Bekämpfung schwerer Verbrechen.»

Die SIK behandelt das Gesetz im Oktober fertig, in der Wintersession wird sich der Nationalrat damit befassen. Offene Fragen bestehen bei der Datenverarbeitung und der Koordination des NDG mit dem Gesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf). Das Büpf, mit dem die Grundlagen der Überwachung durch den Staat neu geregelt werden, steht ebenfalls in der Wintersession im Nationalrat an. Ein Referendum ist in beiden Fällen wahrscheinlich.